5. Data Governance Konferenz

Paul Eberstaller

über mich



Institut für Innovation und Digitalisierung im Recht

Recht der Digitalisierung Digitalisierung des Rechts

Allerlei Schabernack mit Jus und Computern



BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2022	Ausgegeben am 14. April 2022	Teil I
61. Bundesgesetz:	Zivilverfahrens-Novelle 2022 – ZVN 2022	
	(NR: GP XXVII RV 1291 AB 1400 S. 147. BR: AB 10924 S. 939.)	

61. Bundesgesetz, mit dem die Jurisdiktionsnorm, die Zivilprozessordnung, das Arbeitsund Sozialgerichtsgesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Sachverständigen- und Dolmetschergesetz, das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz, das E-Commerce-Gesetz, das Rechtspflegergesetz, das Strafvollzugsgesetz, das Kinderbetreuungsgeldgesetz und das Familienzeitbonusgesetz geändert werden (Zivilverfahrens-Novelle 2022 – ZVN 2022)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Verlautbarung und Bekanntmachung der Rechtsvorschriften

§ 7. (1) Die im Bundesgesetzblatt zu verlautbarenden Rechtsvorschriften sind im Internet unter der Adresse

www.ris.bka.gv.at

zur Abfrage bereit zu halten. Jede Nummer des Bundesgesetzblattes hat auf diese Adresse hinzuweisen.

- (2) Die im Bundesgesetzblatt zu verlautbarenden Rechtsvorschriften können erforderlichenfalls auch noch in anderer geeigneter Weise insbesondere im Intranet der Behörden, im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" oder im Amtsblatt des zuständigen Bundesministeriums bekannt gemacht werden.
- (3) Wenn und solange die Bereitstellung oder Bereithaltung der im Bundesgesetzblatt zu verlautbarenden Rechtsvorschriften zur Abfrage im Internet nicht bloß vorübergehend nicht möglich ist, hat deren Verlautbarung in anderer dem Art. 49 Abs. 3 B-VG entsprechender Weise zu erfolgen.



IM NAMEN DER REPUBLIK

OGH VfGH VwGH BVwG

Über

577 000

Entscheidungen

Recht der Freizügigkeit und des freien Unfenthaltes. Einreiseberbot eines Landes. Fristenberechnung.

Rechtjätze: 1. Bgl. Rechtjat 1 bei Mr. 49.

- 2. Soweit nicht Sonderbestimmungen bestehen, gelten die Borsichriften des allgemeinen bürgerlichen Gesethuches über die Berechsnung der Fristen auch für das öffentliche Recht.
- 3. Daher ist bei der Berechnung des dreitägigen Aufenthaltes gemäß der Berordnung der Salzburger Landesregierung vom 20. August 1919, L. G. Bl. Ar. 118, die Berechnung a momento ad momentum nicht anzuwenden.

E. v. 14. Oftober 1920, 3. B. 17/20.

















Informationen

Links zu Behörden





Bundeskanzleramt

RECHTSINFORMATIONSSYSTEM - RIS













Normenliste

Paragra	ph: A	rtikel:	Buchs	stabe:
A	nlage:	Teil einer A	Anlage:	
Abkürzung:		Ту	yp:	
Kurztitel:				
Kundma	chungsorgan	:		(Nr./Jahr)
Index:				
Unterzeichnu	ngsdatum:]	Fassung	vom: 1998/06/13
Suchworte:				
	Anzahl der K	Curztitel je S	Seite 50	
Suchen	Zusammen= hang	Ähnlich	Wörter= buch	Abfragefelder löschen

Bundesrecht konsolidie	rt					
Suchworte	?					
Titel, Abkürzung	?					
Paragraf von	? bis					
Artikel von	? bis					
Anlage von	? bis					
Kundmachungsorgan	? Nr.					
Тур	?					
Index	?					
Unterzeichnungsdatum	₹ TT.MM.JJJJ					
	 Suche nach Fassung 					
Fassung vom	② 24.04.2022 ***					
	Suche nach zeitlichem Geltungsbereich					
Inkrafttretensdatum von	? bis					
Außerkrafttretensdatum von	? bis					
Neu/geändert im RIS seit	?					
2022	Suche starten Zurücksetzen					

Rechtssatz/Text

Typ Geschäftszahl
VfGH Beschluß B2608/96

Datum Sammlungsnummer

19960916 *****

Index

10 Verfassungsrecht
10/07 Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof

Norm

```
VfGG §85 Abs2 / Begründung des Antrages;
VfGG §85 Abs2 / Fremdenpolizei;
```

Rechtssatz

Keine Folge mangels hinreichender Darlegung eines unverhältnismäßigen Nachteils.

Ausweisung gemäß §17 Abs1 FremdenG.

Zur Begründung des Antrages wird lediglich ausgeführt, daß zwingende öffentliche Interessen einer Bewilligung der aufschiebenden Wirkung nicht entgegenstünden. Bei einer Ausweisung vor Beschwerdeerledigung würde jedoch "der Beschwerdezweck vereitelt".

Schlagworte

VfGH / Wirkung aufschiebende

Dokumentnummer

JFR/10039084/96B02608

1998

Gericht

Verfassungsgerichtshof (VfGH)

Entscheidungsart

Beschluss

Sammlungsnummer

Dokumenttyp

Geschäftszahl B2608/96

Rechtssatz

Entscheidungsdatum

16.09.1996

Index

10 Verfassungsrecht

10/07 Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof

Norn

VfGG §85 Abs2 / Begründung des Antrages VfGG §85 Abs2 / Fremdenpolizei

Rechtssatz

Keine Folge mangels hinreichender Darlegung eines unverhältnismäßigen Nachteils.

Ausweisung gemäß §17 Abs1 FremdenG.

Zur Begründung des Antrages wird lediglich ausgeführt, daß zwingende öffentliche Interessen einer Bewilligung der aufschiebenden Wirkung nicht entgegenstünden. Bei einer Ausweisung vor Beschwerdeerledigung würde jedoch "der Beschwerdezweck vereitelt".

Schlagworte

VfGH / Wirkung aufschiebende

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:1996:B2608.1996

Dokumentnummer

JFR_10039084_96B02608_01

2022

Hauptdokument



Bundes-Verfassungsgesetz

Bund

Bundes-Verfassungsgesetz Bund

Oö. Musikschulgesetz

Oberösterreich

Bundes-Verfassungsgesetz Bund

Oö. Musikschulgesetz

Oberösterreich

Schulzeit-Delegierungsverordnung

Salzburg

Minderheitenschulwesen, Volksschule in Klagenfurt

Kärnten

Verordnung des Landeshauptmannes von Burgenland vom 22. März 1979 über die Höhe der Gebühren für das diagnostische Verfahren (Blutuntersuchung) zur Hintanhaltung der Weiterverarbeitung der weißen Kückenruhr und des Geflügeltyphus

Burgenland

MSchG

Markenschutzgesetz

MSchG

Markenschutzgesetz

MSchG

Musterschutzgesetz

MSchG

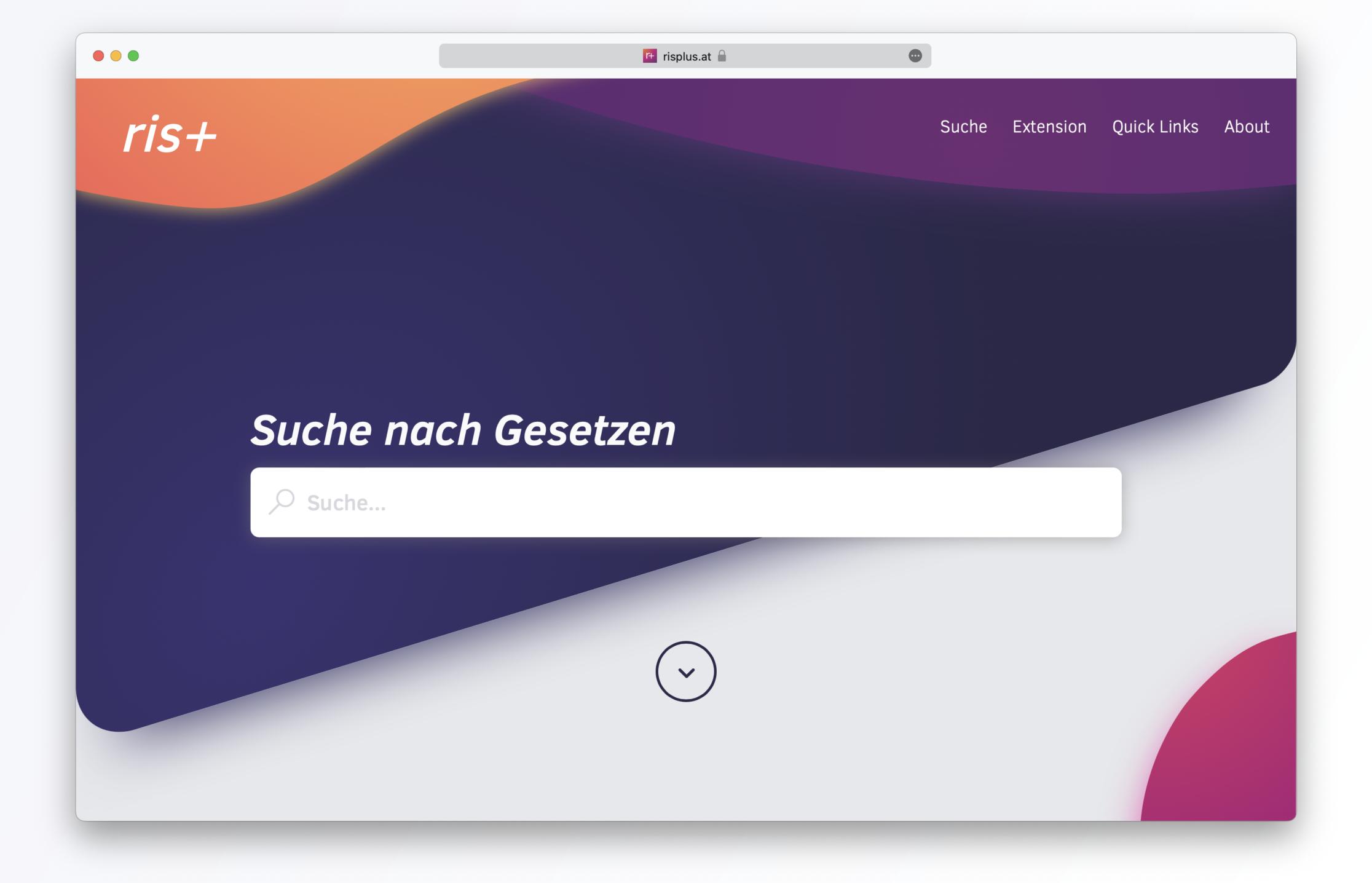
Markenschutzgesetz

MSchG

Musterschutzgesetz

MSchG

Mutterschutzgesetz





ris+





Gesetze

Strafgesetzbuch

Bundesgesetz

Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens

Landesgesetz • Burgenland

Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002

Landesgesetz • Oberösterreich

Paragrafen

Bundesgesetz

§ 1 StGB – Keine Strafe ohne Gesetz

Bundesgesetz

§ 10 StGB – Entschuldigender Notstand

Bundesgesetz

§ 100 StGB – Entführung einer geisteskranken oder wehrlosen Person

Bundesgesetz

§ 101 StGB – Entführung einer unmündigen Person

Bundesgesetz

§ 102 StGB – Erpresserische Entführung

Bundacaacat

§ 103 StGB – Überlieferung an eine ausländische Macht

Strafgesetzbuch

Bundesgesetz

Allgemeiner Teil Erster Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Keine Strafe ohne Gesetz
- § 2 Begehung durch Unterlassung
- § 3 Notwehr
- § 4 Keine Strafe ohne Schuld
- § 5 Vorsatz
- § 6 Fahrlässigkeit
- § 7 Strafbarkeit vorsätzlichen und fahrlässigen Handelns
- § 8 Irrtümliche Annahme eines rechtfertigenden Sachverhaltes
- § 9 Rechtsirrtum
- § 10 Entschuldigender Notstand
- § 11 Zurechnungsunfähigkeit
- § 12 Behandlung aller Beteiligten als Täter
- § 13 Selbständige Strafbarkeit der Beteiligten
- § 14 Eigenschaften und Verhältnisse des Täters
- § 15 Strafbarkeit des Versuches
- § 16 Rücktritt vom Versuch

Zweiter Abschnitt

Einteilung der strafbaren Handlungen



ris+

notwehr

uick Links About

Paragrafen

Bundesgesetz

§ 3 StGB – Notwehr

Bundesgesetz

§ 19 ABGB – Verfolgung der Rechte.

Bundesgesetz

§ 344 ABGB – Rechtsmittel zur Erhaltung des Besitzstandes:–a) bey dringender Gefahr;

Int. Vertrag

Art. 2 EMRK

Int. Vertrag

Art. 11 Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen (Deutschland) – Artikel 11

Bundesgesetz

§ 104 StVG – Unmittelbarer Zwang

Bundesgesetz

§ 7 Waffengebrauchsgesetz 1969 – Lebensgefährdender Waffengebrauch

Bundesgesetz

§ 10 Waffengebrauchsgesetz 1969 – Diensthunde

Int. Vertrag

Art. 14 Eisenbahndurchgangsverkehr Strecke Mittenwald-Griesen, Ehrwald-Vils (BRD) – Artikel 14

§ 3 StGB

Notwehr

§ 3. (1) Nicht rechtswidrig handelt, wer sich nur der Verteidigung bedient, die notwendig ist, um einen gegenwärtigen oder unmittelbar drohenden rechtswidrigen Angriff auf Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit, sexuelle Integrität und Selbstbestimmung, Freiheit oder Vermögen von sich oder einem anderen abzuwehren. Die Handlung ist jedoch nicht gerechtfertigt, wenn es offensichtlich ist, daß dem Angegriffenen bloß ein geringer Nachteil droht und die Verteidigung, insbesondere wegen der Schwere der zur Abwehr nötigen Beeinträchtigung des Angreifers, unangemessen ist.

(2) Wer das gerechtfertigte Maß der Verteidigung überschreitet oder sich einer offensichtlich unangemessenen Verteidigung (Abs. 1) bedient, ist, wenn dies lediglich aus Bestürzung, Furcht oder Schrecken geschieht, nur strafbar, wenn die Überschreitung auf Fahrlässigkeit beruht und die fahrlässige Handlung mit Strafe bedroht ist.

Zuletzt geändert: BGBl. I Nr. 117/2017 • In Kraft seit 01.09.2017 • ris+

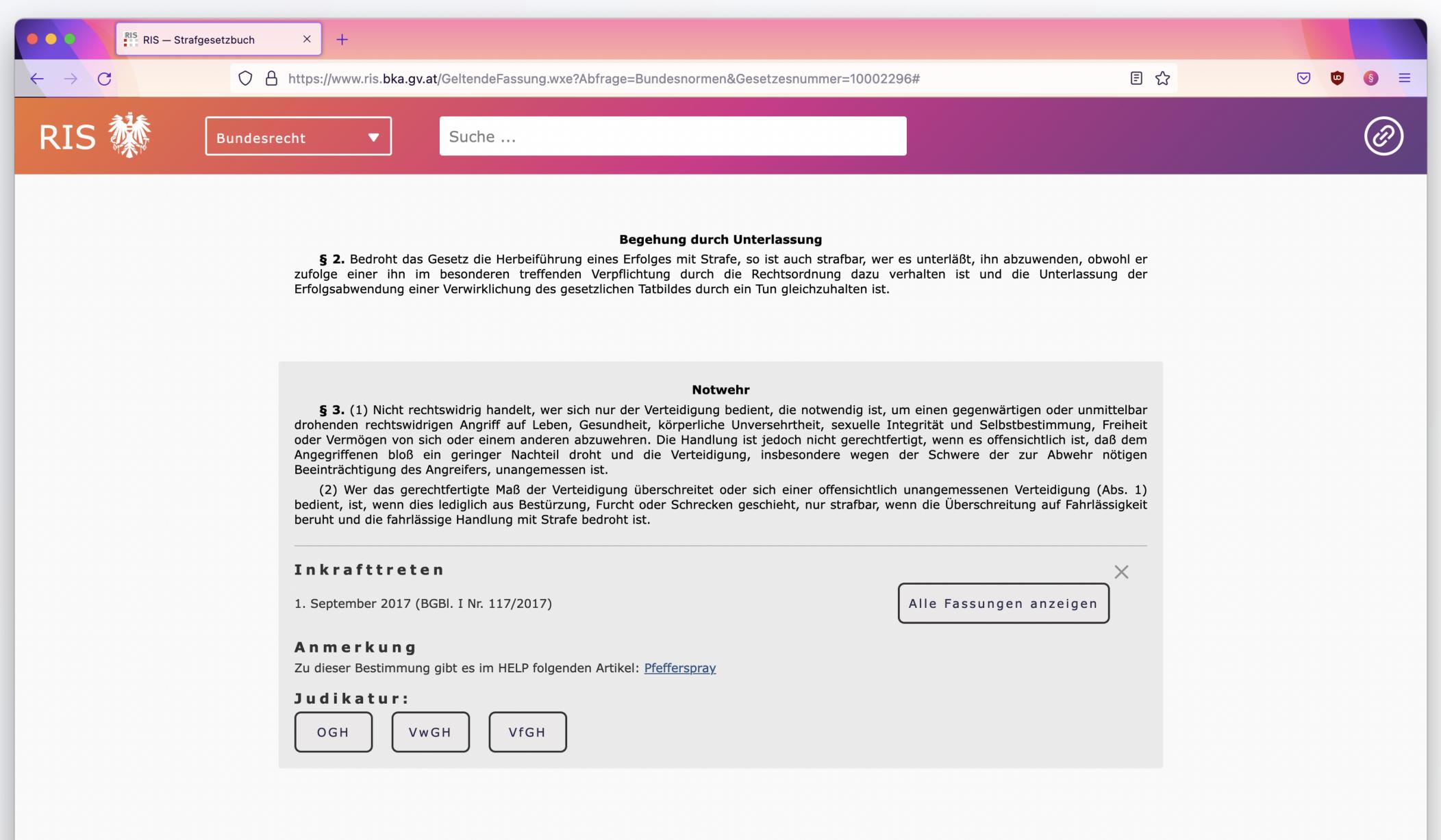
Judikatur

OGH

VfGH VwGH

Novellen

Alle Fassungen anzeigen



Keine Strafe ohne Schuld

§ 4. Strafbar ist nur, wer schuldhaft handelt.



stgb.risplus.at — RIS - Strafgesetzbuch - Bundesrecht konsolidiert, Fassung...





Top Hits



RIS - Strafgesetzbuch - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 24.04.2022 — stgb.rispl...



Rechtsinformationssystem OGD

Welcome at OGD RIS API pages.

API »

Examples »

RIS data.gv.at »

© 2022 Federal Ministry for Digital and Economic Affairs

Contact

Bundesgesetzblatt

1,891 Tweets

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH







Following

Bundesgesetzblatt

@BGBl_bot

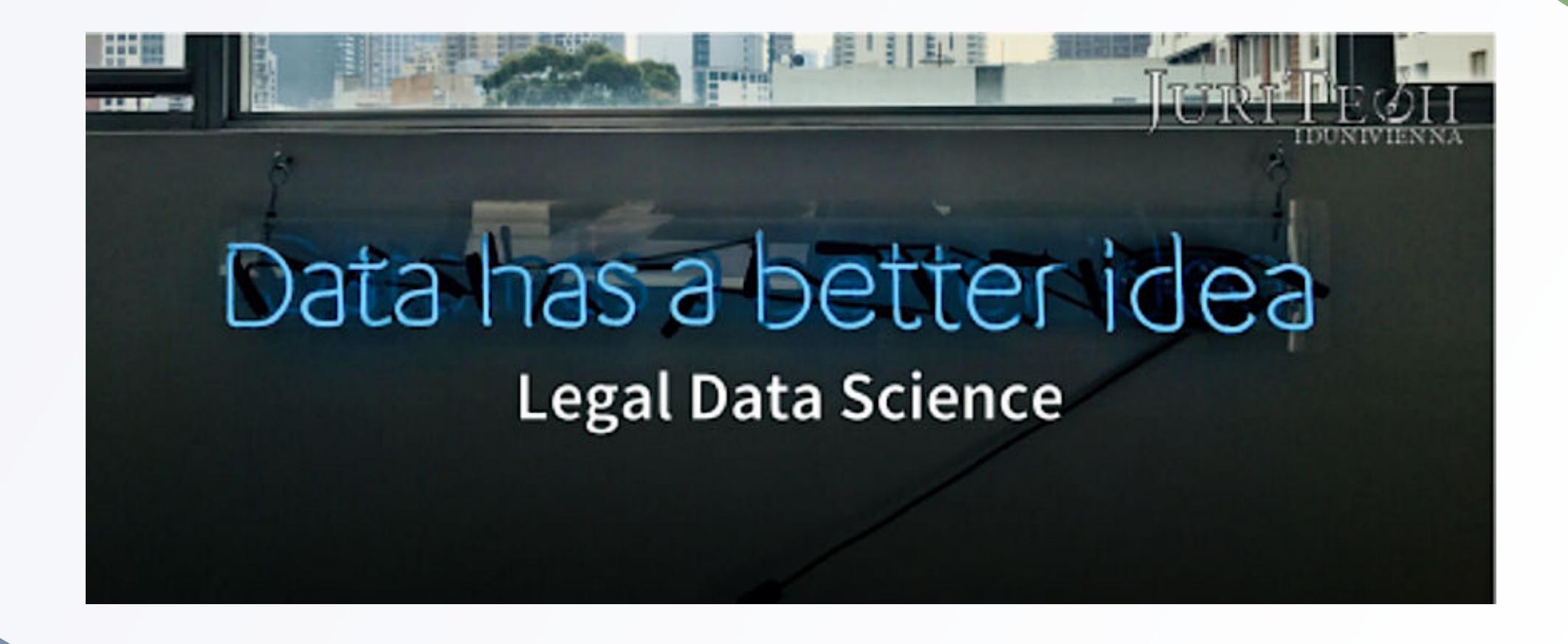
Tweetet das Bundesgesetzblatt.

. @pauleberstaller

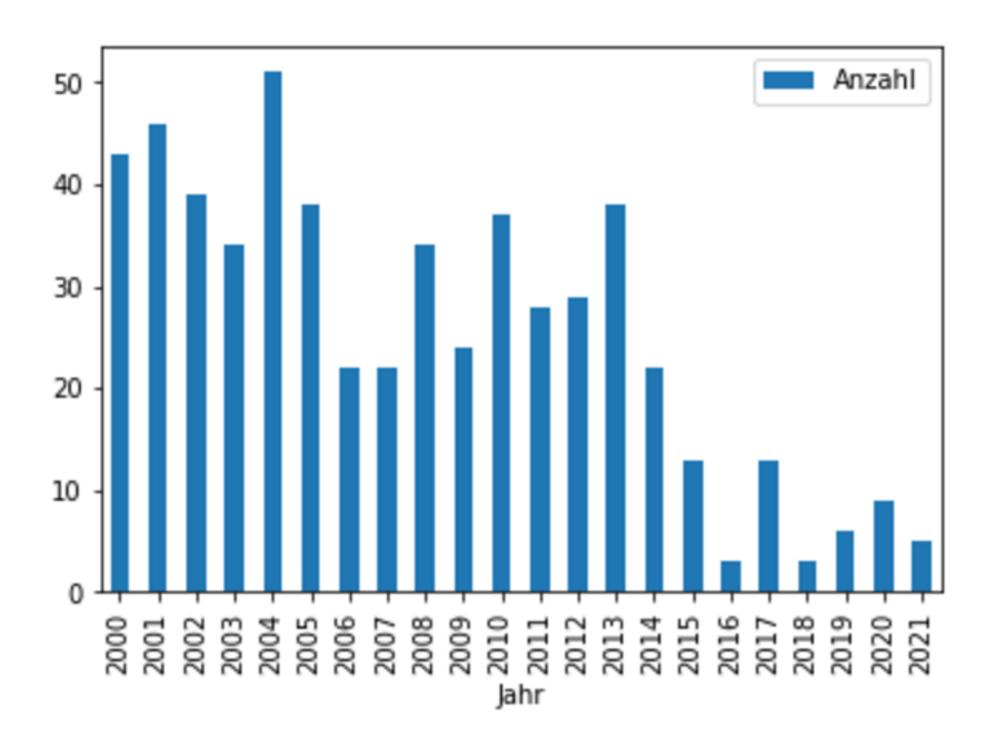
Translate bio

O Following **3,647** Followers

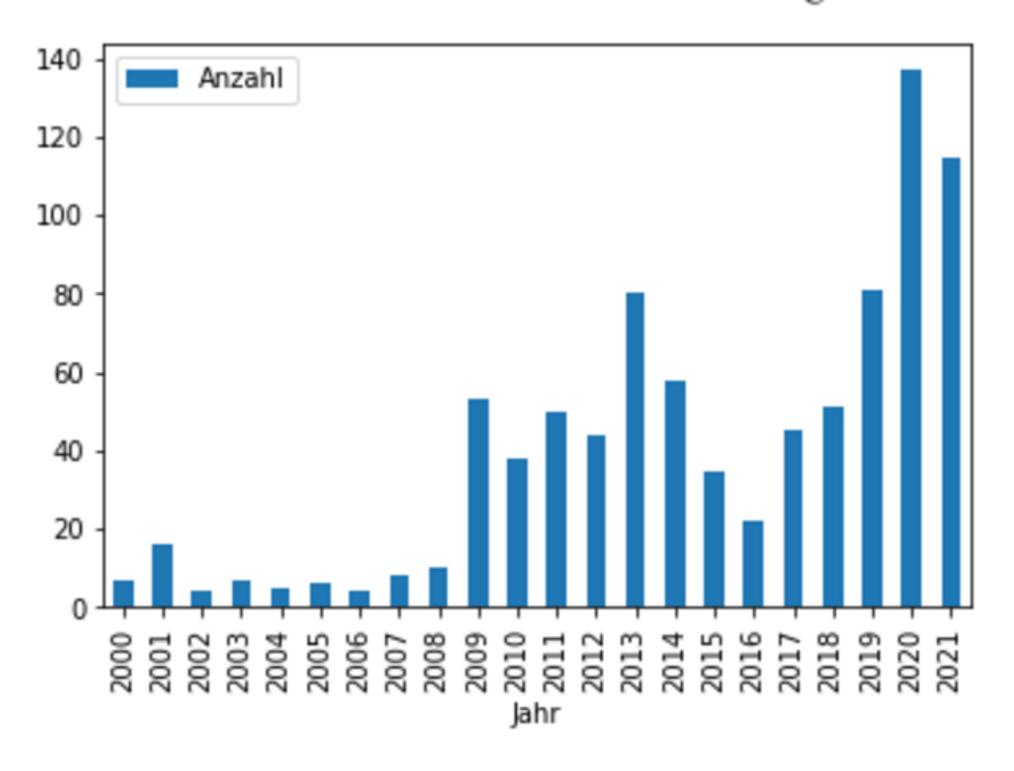




Art 83 Abs 2 B-VG

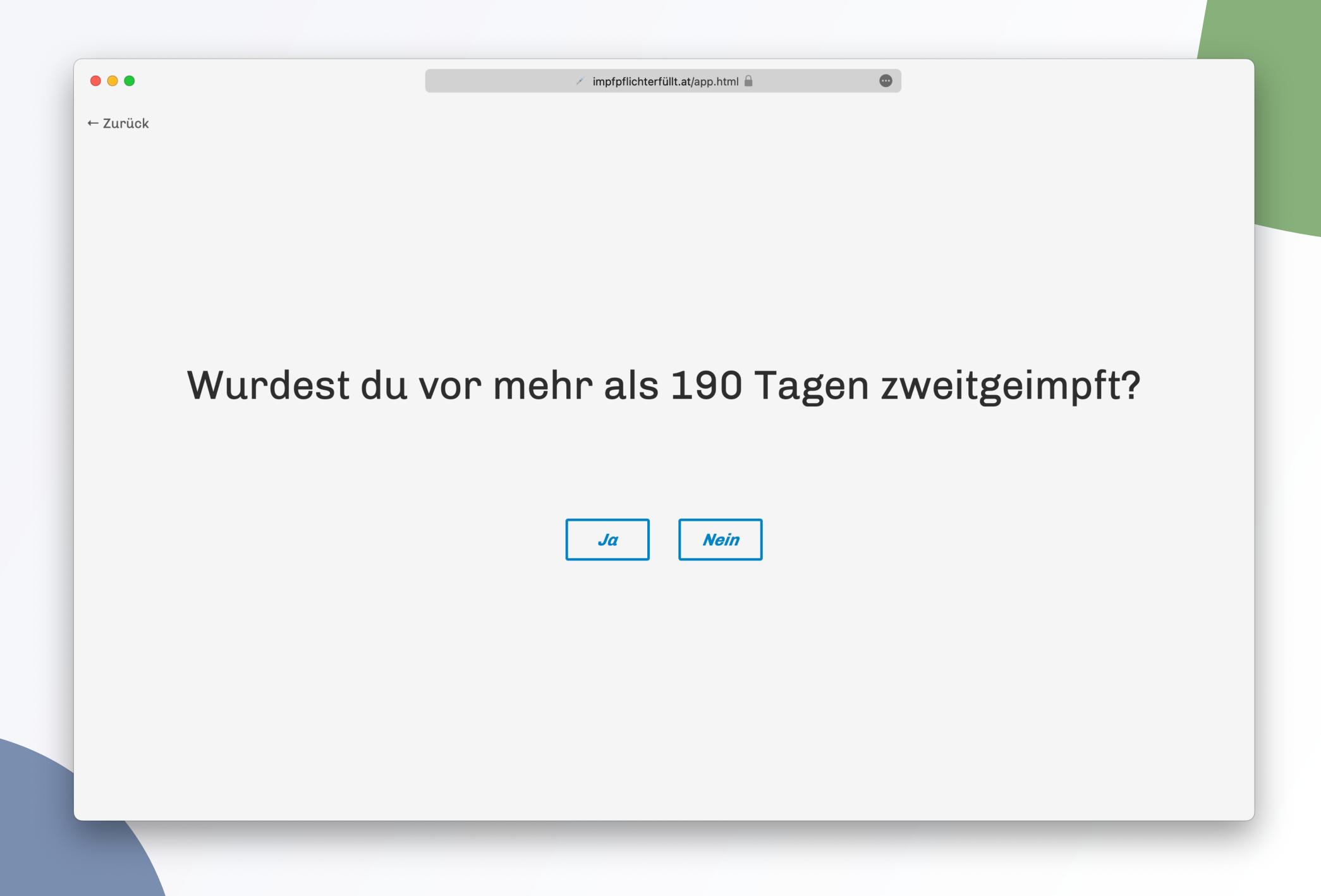


Art 1 Abs 1 BVG-Rassendiskriminierung



Impfpflicht erfüllt?







Juristische Daten

sind zahlreich vorhanden

haben Anwendungsbereiche in Forschung und Praxis

können den Zugang zum Recht verbessern

werden noch zu wenig genutzt



Paul Eberstaller

paul.eberstaller@risplus.at

Twitter: @pauleberstaller